Stand: 09.11.2025 09:03:58

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/47

"Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen - Sofortige Einrichtung zusätzlicher Erstaufnahmeeinrichtungen für Bayern"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/47 vom 30.10.2013
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/147 des SO vom 26.11.2013
- 3. Beschluss des Plenums 17/295 vom 10.12.2013
- 4. Plenarprotokoll Nr. 7 vom 10.12.2013



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

30.10.2013 Drucksache 17/47

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Christine Kamm, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Rosi Steinberger, Claudia Stamm, Martin Stümpfig und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen – Sofortige Einrichtung zusätzlicher Erstaufnahmeeinrichtungen für Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, schnellstmöglich zwei zusätzliche Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber in Bayern zu errichten. Die Planungen hierfür sind umgehend in Angriff zu nehmen. Als Übergangslösung wird eine große Gemeinschaftsunterkunft in eine provisorische Erstaufnahmeeinrichtung umgewandelt. Das Personal in den Erstaufnahmeeinrichtungen wird sofort an die gestiegenen Belegungszahlen angepasst.

Begründung:

Die beiden Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge in München und Zirndorf sind bereits seit langem vollkommen überbelegt. Aufgrund der gestiegenen Flüchtlingszahlen ist eine menschenwürdige Unterbringung der Betroffenen in den vorhandenen Einrichtungen mit ihren begrenzten Kapazitäten nicht mehr möglich. So sind in der Erstaufnahme Zirndorf mit einer ursprünglichen Kapazität von 500 Plätzen gegenwärtig 919 Personen untergebracht. In der Erstaufnahme München mit einer ursprünglichen Kapazität von 750 Plätzen sind gegenwärtig 933 Personen untergebracht (Stand jeweils 5. August 2013). In Zirndorf werden Garagen zur Unterbringung der Asylsuchenden genutzt. In München werden Containeranlagen, die 2009 wegen unhaltbarer hygienischer Zustände geschlossen wurden, wieder in Betrieb genommen.

Die Überbelegung führt zu einer chronischen Überforderung des Verwaltungs- und Betreuungspersonals. Die Staatsregierung muss sofortige Maßnahmen ergreifen, um die Situation zu entzerren. Das Personal in den Erstaufnahmeeinrichtungen muss an die gestiegenen Asylbewerberzahlen angepasst werden. Dies gilt sowohl für die Verwaltung, wie den medizinischen Dienst und die soziale Betreuung. Mit zwei zusätzlichen Erstaufnahmeeinrichtungen würde die Situation in Bayern wesentlich entlastet und die Möglichkeiten einer menschenwürdigen Unterbringung neuankommender Flüchtlinge langfristig verbessert. Als kurzfristige Übergangslösung sollte eine bestehende große Gemeinschaftsunterkunft in eine provisorische Erstaufnahmeeinrichtung umgewandelt werden.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

Drucksache 17/147 26.11.2013

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Drs. 17/47

Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen - Sofortige Einrichtung zusätzlicher Erstaufnahmeeinrichtungen für Bayern

Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Christine Kamm Berichterstatterin: Mitberichterstatter: **Martin Neumeyer**

II. Bericht:

- 1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 2. Sitzung am 14. November 2013 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 3. Sitzung am 26. November 2013 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Joachim Unterländer

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

10.12.2013 Drucksache 17/295

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Christine Kamm, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Rosi Steinberger, Claudia Stamm, Martin Stümpfig und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/47, 17/147

Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen – Sofortige Einrichtung zusätzlicher Erstaufnahmeeinrichtungen für Bayern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Abstimmung

über einen Verordnungsentwurf und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Ausgenommen von der Abstimmung ist die Listennummer 2, die einzeln beraten werden soll.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zum Verordnungsentwurf und zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über einen Verordnungsentwurf und der nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses

(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder

Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

 Antrag der Staatsregierung auf Zustimmung gemäß Art. 21 Abs. 2 Satz 4 des Denkmalschutzgesetzes zum Entwurf einer Zwölften Verordnung über den Entschädigungsfonds nach dem Denkmalschutzgesetz Drs. 17/43, 17/235 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU SPD FREIE WÄHLER GRÜ

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Garantie für Lehrerstellen: Demografische Rendite muss im Schulsystem bleiben Drs. 17/20, 17/176 (A)

der Dringlichkeitsantrag wird gesondert beraten

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen – Sofortige Einrichtung zusätzlicher Erstaufnahmeeinrichtungen für Bayern Drs. 17/47, 17/147 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration CSU SPD FREIE WÄHLER GRÜ

A 2 2 2

Anlage zur 7. Vollsitzung am 10. Dezember 2013

4.	u.a. und Fi Flüchtlinge	raktion (BÜI	NDNIS 90/DIE GRÜNE würdig behandeln – Ba	Ludwig Hartmann, Thomas Gehring N) rgeld statt Essenspakete		
			nden Ausschusses für ugend, Familie und Inte FREIE WÄHLER ENTH	egration GRÜ		
5.	Thomas G Unbegleite in Jugendh minderjähr	ehring u.a. ete minderjä nilfeeinrichtu	und Fraktion (BÜNDNIS hrige Flüchtlinge sofort ungen verlegen – zusät: nge schaffen!	arete Bause, Ludwig Hartmann, S 90/DIE GRÜNEN) aus der Bayernkaserne in Müncher zliche Plätze in der Clearingstelle fü		
			nden Ausschusses für ugend, Familie und Inte FREIE WÄHLER	egration GRÜ		
6.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bericht über die Ergebnisse der repräsentativen Umfrage unter bayerischen Pflegekräften zur Pflegekammer vorlegen! Drs. 17/53, 17/189 (E)					
		s federführe it und Pfleg SPD	nden Ausschusses für e FREIE WÄHLER	GRÜ ☑		
7.	Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD Pflegenotstand in Bayern Drs. 17/86, 17/190 (E)					
		s federführe it und Pfleg SPD	nden Ausschusses für e FREIE WÄHLER	grü ☑		

 Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD Befragung zur Einrichtung einer Pflegekammer in Bayern Drs. 17/87, 17/191 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für

Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Repräsentative Umfrage zur Errichtung einer Pflegekammer – wo sind die Ergebnisse?

Drs. 17/91, 17/192 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für

Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 BayernLB: Rückzahlungen sicher? Landtag informieren!
 Drs. 17/123, 17/173

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Neue Turbulenzen bei der Landesbank - Sachstandsbericht Drs. 17/144, 17/174

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Günther Knoblauch u.a. SPD

Risiken bei der BayernLB und Kosten für den Staatshaushalt Drs. 17/159, 17/175

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Walter Taubeneder, Alex Dorow u.a. CSU.

Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Christine Kamm, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Subsidiarität – Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem in Bezug auf eine Standard-Mehrwertsteuererklärung (BR-Drs. 735/13)
Drs. 17/120, 17/121 (E)

Es wurde nicht beantragt, die Angelegenheit der Vollversammlung vorzulegen.

Die Eilentscheidung (Beschluss) des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen vom 26. November 2013 gemäß § 151 GeschO ist somit endgültig. (Drs. 17/122).

Ein Plenarbeschluss ist nicht mehr erforderlich.